

05.04.2017

## Entschließungsantrag

der Fraktion der FDP

zum Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Die europäische Wertegemeinschaft erhalten, um sie zu verbessern!“ (Drucksache 16/14663)

**Europa ist unsere Zukunft – 60 Jahre nach Inkrafttreten der Römischen Verträge zieht Nordrhein-Westfalen Bilanz und bekennt sich zur Europäischen Union**

### I. Ausgangslage

Die Unterzeichnung der Römischen Verträge vor 60 Jahren war die Geburtsstunde der Europäischen Union. Diese Union war die Basis für Frieden, Wohlstand, die Wiedervereinigung Deutschlands und die Überwindung des Kalten Krieges auf unserem Kontinent. Sie hat Europa zu einem Kontinent einmaliger Zusammenarbeit zwischen Staaten und der Freundschaft zwischen Völkern gemacht. Sie versetzt unseren Kontinent dazu in die Lage, sich nicht mehr untereinander zu messen, sondern die Kräfte aller seiner Teile zu bündeln, um politisch und ökonomisch in einer globalisierten Welt zu bestehen – und solidarisch zueinander zu stehen, wenn es notwendig ist. Die durch Europa geschaffene Freiheit bietet jedem einzelnen Möglichkeiten und Perspektiven, wie es sie nie zuvor in der Geschichte unseres Kontinents gegeben hat.

Die Geschichte und Entwicklung auf unserem Kontinent zeigt, dass es eine gefährliche wie naive Illusion wäre zu glauben, dass Abschottung und Isolation für irgendeinen Staat oder eine Nation in Europa in eine bessere Zukunft führen könnten als die Idee der gemeinsamen Bewältigung der großen Herausforderungen unserer Zeit. Ein gemeinsamer Markt schafft durch einen fairen, geregelten Leistungswettbewerb Chancen für Wachstum und Arbeitsplätze und ist gut für die Verbraucher. Forschung und Innovation gehören zu den Stärken unseres Kontinents und brauchen hochwertige Bildungsangebote ebenso wie attraktive Standorte.

Wir respektieren die Entscheidung der britischen Wähler, nicht mehr zur Europäischen Union dazu gehören zu wollen, aber wir halten sie für alle Beteiligten für falsch. Wir wollen auch nach dem Austritt Großbritanniens ein herausragend enges und gutes Verhältnis. Aber Europa wird

Datum des Originals: 05.04.2017/Ausgegeben: 05.04.2017

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter [www.landtag.nrw.de](http://www.landtag.nrw.de)

seinen Weg auch ohne Großbritannien weitergehen und zwar in der vollen Überzeugung, dass dieser Weg der bessere ist. Europa und seine Institutionen müssen besser werden. Sie müssen sich reformieren, schneller und effizienter werden, sie müssen Antworten finden auf die Herausforderungen unserer Zeit. Es geht nicht um das Umverteilen von Geldern im Sinne einer Transferunion, sondern sie müssen vielmehr einen Mehrwert schaffen – mit Blick auf Innovation, Bildung und Forschung, Umweltschutz, Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung sowie vor allem in der internationalen Politik.

Die Institutionen wie auch die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union müssen gemeinsam vereinbarte Regeln sowie das Prinzip der Solidarität und Subsidiarität respektieren; jeder muss gemäß seiner Leistungsfähigkeit Verantwortung für sich und das Ganze übernehmen. Europa ist zunächst ein gemeinsamer Rechtsraum. Rechtsstaatlichkeit und Verbindlichkeit von vereinbarten Regeln sind europäisches Fundament. Europa, seine Institutionen und die verantwortungsvolle Zusammenarbeit der Mitgliedsstaaten müssen sich immer wieder aufs Neue beweisen. Das bedeutet auch, dass Zuständigkeiten zwischen europäischer und nationaler Ebene neu verteilt werden können. In welchen Feldern eine gesamteuropäische Lösung, in welchen Feldern nationale Lösungen im Wettbewerb und wo möglicherweise auch teileuropäische Lösungen der jeweils beste Weg sein werden, muss im Einzelfall – gerne auch streitig – diskutiert und ggf. ausprobiert werden. Wir wollen ein geeintes Europa, aber kein vereinheitlichtes Europa.

## II. Beschlussfassung

In Anbetracht des 60. Jahrestages der Römischen Verträge und vielfältiger Herausforderungen, vor allem aber weiterer großer Chancen in und für Europa und die Europäische Union

- bekennt sich der Landtag zu den Zielen und Werten der Europäischen Union, wie sie in Art. 3 des Vertrags über die Europäische Union (EUV) formuliert sind;
- setzt sich der Landtag aktiv für die Weiterentwicklung und Verbesserung der europäischen Zusammenarbeit in den gemeinsamen Politikfeldern ein;
- achtet der Landtag darauf, dass europäische Gesetzesinitiativen und Maßnahmen im Rahmen der Zuständigkeit einen Mehrwert für die gesamte Union wie für den einzelnen Mitgliedsstaat darstellen;
- fordert der Landtag die Entscheider auf allen politischen Ebenen auf, das Subsidiaritätsprinzips in der Europäischen Union zu achten und einzuhalten und aktiv die Regionen in den entsprechenden Politikfeldern mit einzubeziehen;
- erklärt der Landtag, dass zur nachhaltigen Entwicklung Europas eine Stärkung leistungsfähiger Wettbewerbsstrukturen durch bessere Rahmenbedingungen in den einzelnen Mitgliedstaaten und als Gesamtes gegenüber Dritten unabdingbar ist. Dazu gehören ausgewogenes Wirtschaftswachstum, Preisstabilität, eine wettbewerbsfähige soziale Marktwirtschaft mit guten Beschäftigungs- und Ausbildungsperspektiven, eine solide Haushaltspolitik sowie gemeinsame Umweltschutz- und Energieversorgungsstandards;

- fordert der Landtag die Landesregierung auf, sich in den dafür entsprechenden Gremien aktiv für die Einhaltung der Ziele und Werte der Europäischen Union einzusetzen, den Mehrwert für den Standort Nordrhein-Westfalen zu achten und dem Landtag hierüber Bericht zu erstatten.

Christian Lindner  
Christof Rasche  
Dr. Ingo Wolf

und Fraktion